Telekom, Thyssenkrupp und Co. warnen vor Rechtsextremismus. In dem Appell „Die Transformation als Jahrhundertprojekt“ wenden sich über 50 große Unternehmen aus Deutschland an die Öffentlichkeit. Das Podium dafür bietet ihnen die Stiftung KlimaWirtschaft.

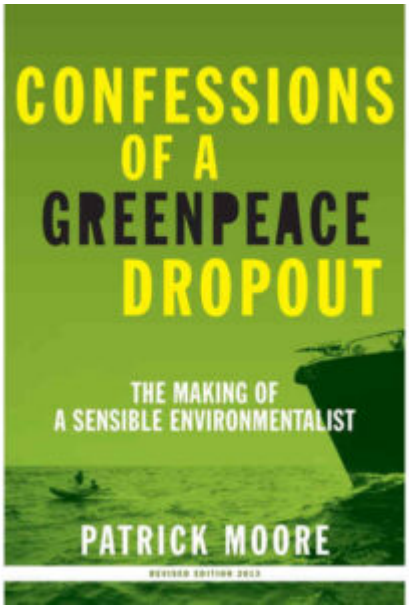
Die Konzerne sehen die Transformation zur Klimaneutralität als ihre Chance, um langfristig wirtschaftlich in Deutschland erfolgreich zu sein. Benötigt werde ein Schulterschluss von Bundesregierung und demokratischer Opposition, sagen sie.

## „Die Transformation als Jahrhundertprojekt“

Unterschrieben haben den Appell Banken, die Telekom, Energiekonzerne und auch eines der größten mittelständischen Unternehmen, die Wacker Chemie AG, die allerdings mit ihren 27 Produktionsstätten in Europa, Amerika und Asien vom Produktionsstandort Deutschland unabhängig existieren kann.

Sie beklagen die Höhe der Strompreise und unterstützen dennoch den Ausbau der Erneuerbaren Energien, die den Strom für die meisten Unternehmen und Privathaushalte unerschwinglich macht. Die Strompreise sind in den letzten Jahren laut Statista deutlich gestiegen. Im Jahr 2016 betrug der Industriestrompreis inklusive der Stromsteuer 15,5 Cent pro Kilowattstunde, bis 2023 stieg er auf 26,5 Cent pro Kilowattstunde.

Die Strompreise sind nicht das Problem der 50 Großunternehmen, denn anstatt ein Umdenken in der Energiepolitik zu fordern, unterstützen sie die Politik, die für die Preistreiberei verantwortlich ist:



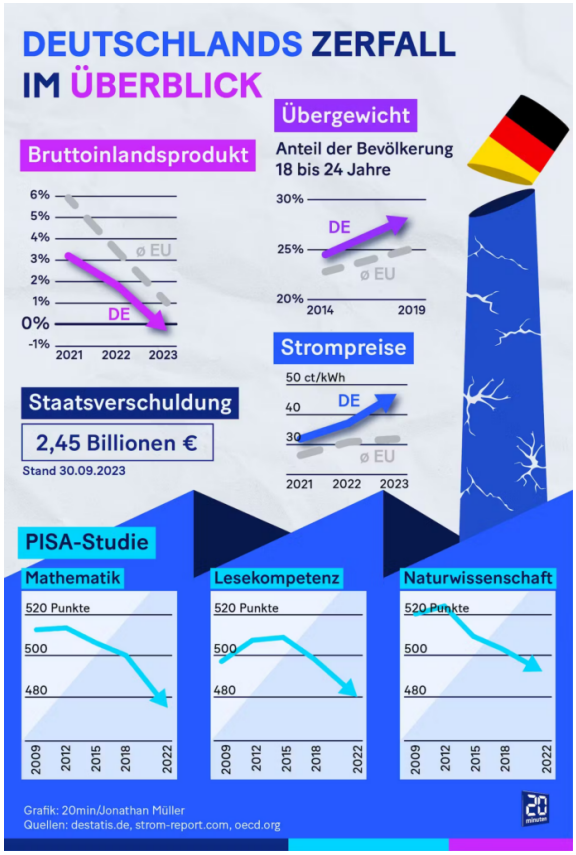

„Wir stehen voll und ganz hinter der Transformation und möchten diese so gestalten, dass sie die gesamte Gesellschaft mitnimmt und für alle erfolgreich wird. Die Klimafolgeschäden eines ungebremsten Anstiegs globaler Temperaturen sind unabsehbar. Deshalb kann unser ökologisches und ökonomisches Handeln nur in eine Richtung führen: zur Klimaneutralität.“

Die Großkonzerne, die von Insidern höflich als „Abgreifer“ bezeichnet werden, scharen sich um den Futtertrog „Subventionen“, der aus Steuermitteln gefüllt und von staatlichen Einrichtungen an sie verteilt wird. Dafür brauchen sie eine enge Zusammenarbeit mit der Politik und den Vergabestellen. Die moderne Bezeichnung dafür lautet „PPP“ (Public Private Partnership) oder, wie es im Appell heißt, den „Schulterschluss“.

Sollten die Subventionen zu gering ausfallen, wandern die Globalisten weiter. Für Unternehmen, die sehr viel Strom benötigen, wie zum Beispiel Wacker Chemie, waren bereits 2016, lange bevor Russland wegen der Erhöhung der Energiekosten beschuldigt werden konnte, die Stromkosten zu hoch, um mit hochwertigen Produkten gegenüber der Billigkonkurrenz bestehen zu können. Darauf wies Peter-Alexander Wacker, Aufsichtsratsvorsitzender Wacker AG, Ende 2013 in einem Interview hin.

# Die Politisierung von Großkonzernen

Die 50 Konzerne bieten der Regierung als Gegenleistung für ihren politischen Kniefall die Bekämpfung der Opposition. Sie warnen vor der „neuen Rechten“ und behaupten, dass sie „unsere Demokratie und den Wirtschaftsstandort Deutschland bedroht.“ Sie bieten einen „Schulterschluss von Bundesregierung und demokratischer Opposition“ gegen politische Konkurrenten an, womit die zurzeit stärkste Oppositionspartei, die Alternative für Deutschland (AfD) gemeint ist.



https://www.20min.ch

Vor Historikern entsteht ein erschreckendes Bild: Sie wissen, dass es Großkonzerne waren, die in der Krisenzeit vor 1933 entscheidenden Einfluss auf die politische Orientierung der Regierung nahmen.

Das Jahr 1933 markierte nicht nur den Anfang des offenen Faschismus in Deutschland und den Beginn der offenen terroristischen Diktatur, sondern zugleich den Endpunkt des “sich organisierenden Faschismus”. Den Auftakt dazu leistete der

Industrieclub Düsseldorf bereits im Januar 1932 als er Hitler die Möglichkeit einräumte, für die Ideen des Nationalsozialismus zu werben und ihn unterstützte. Initiiert hatte die Rede der Großindustrielle und Nationalsozialist Fritz Thyssen.

Im Unterschied zur Weimarer Zeit ist im Jahr 2024 nicht die Schweindustrie tonangebend, sondern es sind verschiedene Branchen, die sich auf den „Great Reset“ und den „Green Deal“ geeinigt haben und gemeinsam eine „vollumfängliche digitalisierte Verwaltung“ zur Kontrolle gesellschaftlicher Prozesse einfordern. Ernst Wolff spricht in diesem Zusammenhang von einem „digital-finanziellen Komplex“ oder „Faschismus“, der sich nicht auf eine Terrorherrschaft und die Vernichtung von Menschen reduzieren lässt, sondern das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem insgesamt betrachtet, in dem der Terror entsteht. Die Vorstufen des Terrors, darunter die Einschränkung der Meinungsfreiheit, Selbst-Gleichschaltung der Medien und Zensur, können wir tagtäglich beobachten.

## Wirtschaftsbeirat der Grünen

Der Appell der 50 Unternehmen erinnert an den Wirtschaftsbeirat der Grünen. Er vollzog unter Führung der Grünen den „Schulterschluss“ zwischen Regierung und Großunternehmen bereits 2018. Die Grünen meldeten stolz Erfolge beim Aufbau ihres Wirtschaftsbeirats. Eine Gruppe von 50 Managern, Unternehmern und Beratern werde zu den Gründungsmitgliedern gehören, wenn sich der geplante Beirat Mitte Oktober 2018 in Berlin konstituiert, hieß es in einer Bekanntmachung. Die Grünen wiederum etablierten sich bis zum heutigen Tag lediglich als Vorreiter für Politiker der FDP, CDU, SPD und Linken, die nach einem „Schulterschluss“ mit Konzernen streben und den Grünen beim Spinnen der globalistischen Fäden zurzeit noch den Vorrang lassen.

Die Mitgliederliste des Wirtschaftsbeirats wurde nicht veröffentlicht. Es ist jedoch anzunehmen, dass nicht wenige der Mitglieder des grünen Wirtschaftsbeirats zugleich auch Mitglieder der Stiftung KlimaWirtschaft sind.

Sowohl die Grünen als auch die Konzerne, die sich den „Klimaschutz“ auf ihre Fahnen geschrieben haben, weisen historische Vergleiche, die ihre aktuelle Mitwirkung an der Zerstörung der Demokratie vor Augen führen könnte, weit von sich, stecken aber schon tief im Sumpf des Faschismus.

# „Klimaschutz“ – eine Einstiegsformel für den Faschismus

Im Jahr 2024 habe **ein neues Kapitel im Klimaschutz** begonnen, erklärt die Stiftung KlimaWirtschaft. „**Jetzt muss es darum gehen, Klimaschutz in industriellem Maßstab zu operationalisieren.“**

Die Stiftung verfolgt seit ihrer Gründung 2011, zunächst unter dem Namen Stiftung 2°, das Ziel, die Erderwärmung deutlich unter 2° Celsius zu halten. Alle relevanten Unternehmen aus zentralen Bereichen der Wirtschaft sollten hinter den Klimazielen von Paris versammelt werden. Sie sende, wie sie sagt, „ein deutliches Signal, dass die **Debatten über Ziele und Ambitionen beendet** sind: Wir müssen heute mit der Umsetzung beginnen!“ – und drängt zur Eile. **„Die Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft erfordert nicht weniger als eine industrielle Revolution.“**

Die theoretischen Grundlagen der Transformation liefern verschiedene Netzwerke, darunter das Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung (PIK) und Klaus Schwab (WEF) mit seinem Buch „Die vierte industrielle Revolution„.

Die Idee, die Mehrheit der Bevölkerung für die Ziele der Revolution von oben ohne Anwendung staatlicher Gewalt zu gewinnen, erwies sich bisher als außerordentlich erfolgreich. Es gelang den Globalisten, nahezu alle Völker und Regierungen weltweit von der absurden Vorstellung zu überzeugen, dass die Verringerung der CO2-Emissionen die Erde vor der Selbstverbrennung retten könnten.

Die komfortable Situation der Globalisten ist beendet. Klaus Schwab sprach bereits 2020 von einem „kleinen Zeitfenster“ für den „Great Reset“. Die Folgen der Klimapolitik und ihre Nachteile sind offenkundig; der Protest gegen Deindustrialisierung, Vernichtung von Arbeitsplätzen, Landraub und wachsende Armut wächst. Landwirte, Handwerker, Transporteure und viele andere Berufsgruppen demonstrieren in der EU gegen die Folgen der Klimapolitik mittlerweile seit Wochen zu Hunderttausenden.

Das Jahr 2024 könnte den Endpunkt des “sich organisierenden Faschismus” und der Anfang des „offenen Faschismus“ in Deutschland, der offenen terroristischen Diktatur, markieren. Denn gegen die Bevölkerung werden sich die Ziele der Globalisten ohne Anwendung von Gewalt nicht mehr oder nur gegen sehr viel

Widerstand durchsetzen lassen. Wie wahrscheinlich ist es, dass Deutschland insbesondere seine irrwitzige Klimaschutzpolitik beendet? Die Verfechter der Transformation haben ihre Bereitschaft zur Gewaltanwendung bereits in der sogenannten Pandemiekrise unter Beweis gestellt. Werden sie zum „offenen Faschismus“ übergehen?

Wie ernst die Lage aus Sicht der Globalisten ist, machte die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen beim Weltwirtschaftsforum in Davos am 16. Januar deutlich. Sie rückte von der „heiligen Kuh“ Klimaschutz ab und kündigte unter dem Vorwand, Desinformation und Falschinformation bekämpfen zu wollen, den politischen Kampf gegen Kritiker der Politik an. Die EU-Chefin sagte:

**„Nicht Konflikte oder Klimafragen werden die größte Herausforderung für die Weltwirtschaft in den nächsten beiden Jahren sein. Sondern Desinformation und Falschinformation, dicht gefolgt von einer Polarisierung innerhalb unserer Gesellschaften.“**

Die gesamte Rede ist hier verlinkt, eine zusammenfassende Pressemitteilung hier.

Gemeinsam mit den 50 Konzernen führen Politik und Nicht-Regierungsorganisationen einen Propagandakrieg gegen eine sogenannte „neue Rechte“, unter der sie alle Kritiker unabhängig ihrer politischen Ausrichtung verstehen. Die 50 Konzerne versichern sich durch ihr politisches Bekenntnis des Wohlwollens der politischen Führungsparteien, die sie im Gegenzug zugleich steuern können. Sie wiederholen dem Wesen nach, was 1932 und ab 1933 zum Parteienverbot, zum Verlust der Pressefreiheit und zu politisch motivierten Ausgrenzungen führte. Von den weiteren grauenhaften Folgen des Demokratieversagens ganz zu schweigen.

Die 50 Großkonzerne, die ihren CO2-Verbrauch durch Standortwahl, Subventionen und CO2-Zertifikate absichern, erklären die Senkung der CO2-Emissionen zu einem Unternehmensziel und bekämpfen die Kritiker dieses Ziels als „Rechte“ – und niemand wird misstrauisch?

Über die Folgen einer „Revolution von oben“ gibt die Geschichte gerne Auskunft.

# Die Mitgliedsunternehmen der Stiftung KlimaWirtschaft und die Unterzeichner des Appells

### Die Stiftung KlimaWirtschaft

Die Stiftung KlimaWirtschaft ist eine rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts. Der Sitz ist Berlin.
Stifter sind Deutsche Bahn AG, Otto Group, PUMA SE, Deutsche Telekom AG, ROCKWOOL, Gegenbauer Holding, DAIKIN Airconditioning GmbH, Bausparkasse Schwäbisch Hall, Schüco International KG, BSH Hausgeräte GmbH, Otto-Fuchs KG, Aida Cruises.

Der Vorsitzende der Stiftung ist Michael Otto (Vorsitzender Kuratorium und Präsidium).

Michael Otto ist ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Otto Group. Er baute das Unternehmen zu einem weltweit operierenden Versandhaus und Internethandel aus. Der Jahresumsatz betrug 2021/2022 15,88 Mrd. Euro. Bis April 2014 saß Michael Otto im Aufsichtsrat der Axel Springer SE, war bis April 2016 Gesellschafter der Robert Bosch Industrietreuhand KG, hat den Ehrenvorsitz des Stiftungsrates der Umweltstiftung WWF Deutschland und ist Ehrenratsmitglied des World Future Councils. 2006 erhielt er auf Vorschlag des Bundespräsidenten Horst Köhler das Große Verdienstkreuz mit Stern. Das Vermögen von Michael Otto und das seiner Familie wird auf der Forbes-Liste 2023 mit 17,7 Milliarden US-Dollar angegeben.

Der Erfolg scheint Michael Otto Recht zu geben. Er setzte früh auf die Digitalisierung. Sie sei der „größte Umbruch der Menschheit“, sagt Otto. Er sei ein Ökopionier und habe früh auf Nachhaltigkeit gesetzt, lobt ihn ZeitOnline. Otto habe aus dem Geschäft seines Vaters einen der größten Handelskonzerne der Welt geformt – und früh auf Nachhaltigkeit gesetzt.

### Die Unterzeichner des Appells (Stand: 29.01.2024)

Den Appell der Stiftung „Die Transformation als Jahrhundertprojekt“ haben bisher unterzeichnet:

Alfred Ritter GmbH & Co. KG | Alterric GmbH | Augustinum gGmbH | Aurubis AG |

Bau-Fritz GmbH & Co. KG | Bausparkasse Schwäbisch Hall AG | Bilfinger SE | BNP Paribas Deutschland | DAIKIN Airconditioning Germany GmbH | DEUTSCHE ROCKWOOL GmbH & Co. KG | Deutsche Telekom AG | Dirk Rossmann GmbH | dm-drogerie markt GmbH + Co. KG | EnBW Energie Baden-Württemberg AG | Encavis AG | Encory GmbH | Enpal B.V. | E.ON SE | Eppendorf SE | EWE AG | Fraport AG | GLS Gemeinschaftsbank eG | GOLDBECK GmbH | Heidelberg Materials AG | Hermes Germany GmbH | HOFFMANN + VOSS GmbH | HUGO BOSS AG | IKEA Holding Deutschland GmbH & Co. KG | Interseroh+ GmbH | naturstrom AG | Meyer Burger Technology AG | Miele & Cie. KG | Otto Group | OTTO FUCHS KG | Papier- u. Kartonfabrik Varel GmbH & CO. KG | Phoenix Contact GmbH & Co. KG | PUMA GmbH | Salzgitter AG | Schüco International KG | Schwanhäußer Industrie Holding GmbH & Co.KG | SMA Solar Technology AG | Stadtwerke München GmbH | Strabag SE | Ströer SE & Co. KGaA | Sunfire GmbH | TeamBank AG | thermondo GmbH | thyssenkrupp Steel Europe AG | Triodos Bank N.V. Deutschland | Union Asset Management Holding AG | VAUDE Sport GmbH & Co. KG | VR Payment GmbH | VTG GmbH | Wacker Chemie AG* | ZINQ GmbH & Co. KG

https://klimawirtschaft.org/publikationen/positionen/unternehmensappell2024

https://klimawirtschaft.org/stiftung/organisation

Faina Faruz

*Titelbild: Shutterbug75, pixabay*

---

* Die Bundesregierung erklärte am **16.03.2022** ihre Absicht, Verträge mit fünf Unternehmen zur Bereitstellung von Corona-Impfstoffen für die kommenden Jahre bis 2029 abzuschließen. Bei den Unternehmen handelt es sich um BioNTech, die Bietergemeinschaft CureVac/GSK, die Bietergemeinschaft Wacker/CordenPharma, Celonic und IDT.

Wacker erklärte, in den nächsten Jahren in das weitere Wachstum seines Biotechnologiegeschäfts mehr als 80 Millionen € pro Jahr zu investieren.

Das Münchner Familienunternehmen Wacker Chemie teilte am **29.01.2024** einen Rückgang des Jahresergebnisses für 2023 von fast drei Viertel auf 330 Millionen

Euro mit. Der Umsatz ging infolge der schwachen Nachfrage um 22 Prozent auf 6,4 Milliarden Euro zurück. Vorstandsvorsitzender Christian Hartel begründete den Gewinn- und Umsatzrückgang laut FAZ mit der niedrigen Nachfrage und den weiterhin hohen **Energiepreisen**.

---

Werbung

